

Das Schweizer Dilemma

Schweiz. Die Währungskrise in der Eurozone ist auch für die Eidgenossen ein großes Problem. Zwar konnte die Schweizerische Nationalbank den Höhenflug des Franken bremsen, doch damit sind noch längst nicht alle Wirtschaftssorgen vom Tisch.

Auch Komplimente können wehtun: Weil die Anleger den Eurostaaten nicht mehr so recht trauen, flüchteten sie scharenweise in den Schweizer Franken. Denn der gilt traditionell – wie Gold – als „sicherer Hafen“. Der Run auf den Franken war in den beiden vergangenen Jah-

ren so groß, dass dieser bis Oktober 2011 um mehr als 30 Prozent gegenüber dem Euro aufwertete – und die Schweizer Exportwirtschaft in teilweise existenzielle Schwierigkeiten brachte.

Notenbank und Regierung mussten deshalb sowohl monetäre als

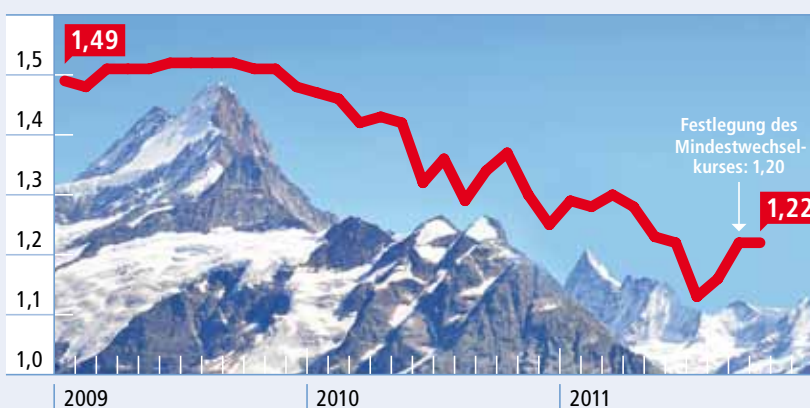
auch fiskalische Schritte gehen. Indem die Schweizerische Nationalbank (SNB) ausländische Wertpapiere kaufte, versuchte sie, die eigene Währung abzuwerten. Allerdings ohne Erfolg. Erst die Festlegung eines Mindestwechelkurses von 1,20 Euro pro Franken im September 2011 führte zu einer signifikanten Abwertung der Schweizer Währung (Grafik). Das Ringen gegen den Höhenflug des Franken blieb nicht ohne Folgen (Grafik Seite 2):

Die Fremdwährungsreserven der Schweizerischen Nationalbank haben sich von Anfang 2009 bis zum Sommer 2011 auf gut 310 Milliarden Franken vervierfacht.

Damit sitzt die Schweizerische Nationalbank allerdings auch auf erheblichen Risiken. Bereits im Jahr 2010 musste sie durch ihre Fremdwährungspositionen einen Verlust von 26,5 Milliarden Franken verbuchen. Und auch in den ersten neun Monaten 2011 machte die Notenbank durch Wechselkursschwankungen einen Verlust von 4,7 Milliarden Franken. →

Schweizer Franken: Zu viel Höhenluft

Wechselkurs Euro zu Schweizer Franken jeweils zum letzten Handelstag des Monats



Quelle: Bloomberg

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · iwd 46

Inhalt

Hartz IV. Der Staat müsse immer mehr Arbeitnehmern Hartz IV zahlen, weil deren Lohn zu gering sei. Aber das stimmt nicht.
Seite 3

Innovationen. Es mangelt an Gründungselan im deutschen Hightech-Sektor.
Seite 4

Kroatien. Der Balkanstaat könnte zum 1. Juli 2013 der 28. Mitgliedsstaat der EU werden.
Seite 5

Sozialversicherung. Die günstige Beschäftigungs- und Lohnentwicklung beschert der Sozialversicherung üppige Einnahmen.
Seite 6

Frauen in Führungspositionen. Chancengleichheit für Frauen in Politik und Verwaltung ist noch lange nicht erreicht.
Seite 7

Bundeswehrreform. Wirtschaftlich schwache Regionen sind besonders betroffen.
Seite 8

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln



→ Um die angeschlagene heimische Wirtschaft zu stärken, beschloss der Schweizer Bundesrat im August 2011 Hilfspakete von insgesamt knapp 2 Milliarden Franken. Das Geld soll neben dem Tourismus vor allem die wechselkursabhängigen Exportbranchen stabilisieren:

Allein im dritten Quartal 2011 verbuchte die Schweiz gegenüber der Eurozone ein Handelsbilanzdefizit von mehr als 23 Milliarden Franken.

Zwar konnten die Schweizer ihre Exporte in den ersten neun Monaten 2011 gegenüber dem Vorjahreszeitraum nominal um 2,4 Prozent steigern. Doch dies gelang nur, weil die Güterpreise für Exporte mit minus 7,4 Prozent deutlich rückläufig waren. In realer, also preisbereinigter Rechnung sind die Schweizer Exporte gegenüber Januar 2010 um 12,2 Prozent eingebrochen. Und da knapp die Hälfte der Exporte in die europäische Währungsunion geht, wird der starke Franken das Auslandsgeschäft auch in Zukunft erschweren.

Gleichzeitig werden Produkte aus Ländern der europäischen Währungsunion für die Schweizer immer billiger. Doch auch das ist nicht ge-

rade förderlich für die Wirtschaft im Alpenland, denn so kaufen die Eidgenossen lieber französischen oder deutschen Käse statt den eigenen.

Die Schweiz steht somit vor einem Dilemma:

- **Einerseits** läuft das Land Gefahr, in eine Deflationsspirale zu geraten: **Momentan liegt die Inflationsrate in der Schweiz im Vergleich zum Vorjahresmonat bei nur 0,5 Prozent.**

Zum Vergleich: Produkte in Deutschland waren im September 2011 um 2,6 Prozent teurer als im Vorjahr, in Großbritannien lag die Teuerungsrate sogar bei 5,2 Prozent.

Für die Wirtschaft in der Schweiz könnte die niedrige Inflationsrate schnell zum Problem werden. Denn rechnen die Bürger mit weiter sinkenden Preisen, schieben sie Käufe auf – bremsen also den Konsum – und die Unternehmen halten ihre Investitionen zurück.

Normalerweise könnte die SNB die Deflationsgefahr bannen, indem sie den Zinssatz senkt, um das Sparen unattraktiver zu machen und um im Gegenzug den Konsum anzuregen. Allerdings sind der Nationalbank momentan die Hände gebunden: Der 3-Monats-Libor – das ist



Die neutrale Nation

Die Schweizerische Eidgenossenschaft ist ein republikanischer Bundesstaat. Er hatte Ende vergangenen Jahres knapp 7,9 Millionen Einwohner, die pro Kopf ein Bruttoinlandsprodukt von 69.838 US-Dollar erwirtschafteten. Auf dem „Human Development Index“ der Vereinten Nationen liegt die Schweiz momentan auf Platz 13 – drei Plätze hinter Deutschland.

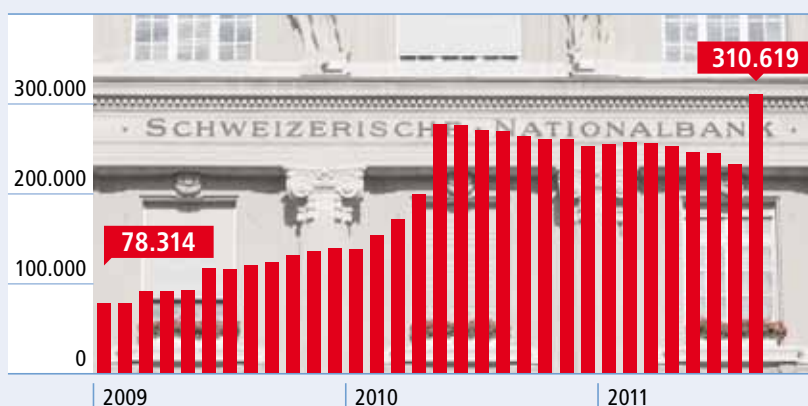
Seit dem Wiener Kongress 1815 ist die Schweiz außenpolitisch neutral, allerdings international stark verwoben – auch wirtschaftlich: Die Exporte summieren sich in den ersten neun Monaten 2011 auf mehr als 147 Milliarden Franken. Davon entfielen allein 56 Milliarden Franken auf die Chemische Industrie und fast 28 Milliarden Franken auf die Maschinen- und Elektronikindustrie.

der Referenzzinssatz im Interbankengeschäft – liegt bereits bei 0,04 Prozent. Luft nach unten gibt es da nicht mehr.

- **Andererseits** würde sich die Lage der Eidgenossen aber auch verschlimmern, wenn der Franken erneut auf einen Höhenflug ginge. Und das ist keinesfalls ausgeschlossen: Wird die Eurokrise nicht schnell und nachhaltig gelöst, lässt sich der Mindestwechsellkurs von 1,20 Franken pro Euro nur halten, wenn die Schweizerische Nationalbank die Notenpresse anwirft und große Mengen ausländischer Währungen kauft – und das würde die Inflation kräftig anheizen.

Schweizerische Nationalbank: Mehr fremdes Geld

Währungsreserven in Millionen Schweizer Franken



Quelle: Schweizerische Nationalbank

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · iwd 46

Vorurteile halten sich hartnäckig

Hartz-IV-Aufstocker. Der Staat müsse immer mehr Arbeitnehmern Hartz IV zahlen, weil deren Lohn zu gering sei, heißt es häufig. Nicht zuletzt deswegen fordern Politiker und Gewerkschafter einen Mindestlohn. Aber die Behauptung stimmt gar nicht.

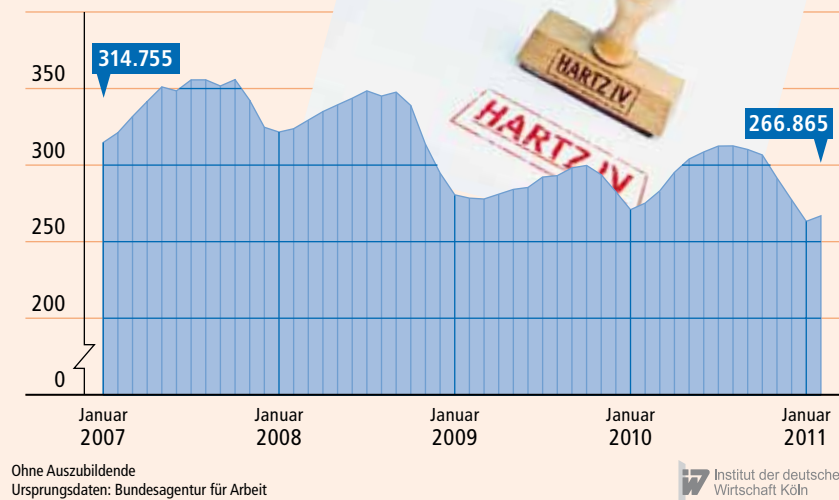
Wer in Deutschland weniger als 9 Euro die Stunde verdient, gehört nach üblicher Definition zur Gruppe der Geringverdiener. Das sind rund 22 Prozent der Arbeitnehmer. Vor zehn Jahren betrug der Anteil der Niedrigverdiener erst 18 Prozent. Weil diese Gruppe gewachsen ist, müsse die Arbeitsagentur – so behaupten es die Verfechter eines gesetzlichen Mindestlohns – immer öfter in die Bresche springen und die zu niedrigen Verdienste per Arbeitslosengeld (ALG) II aufstocken.

Erst ein Mindestlohn könne dem Staat Luft verschaffen und sogar zur Sanierung der Staatsfinanzen beitragen, so die vermeintliche Lösung. Doch so einfach ist die Sache nicht – aus mehreren Gründen:

- **Nicht jeder Niedriglohneempfänger ist ein sozialer Problemfall.** Im Gegenteil: Rund 84 Prozent der Arbeitnehmer mit geringen Löhnen sind nicht arm, weil zum Beispiel der Partner gut verdient. Der Staat muss in so einem Fall kein ALG II überweisen.
- **Viele Arbeitslose konnten nur deshalb wieder in den Beruf einsteigen, weil sich ihnen im Niedriglohnssektor eine Beschäftigungschance geboten hat.** Vor allem (Langzeit-)Arbeitslose haben ein Handicap. Wer lange keine Stelle hat, dessen Know-how leidet, zum Beispiel, weil der Betrof-

Hartz IV: Weniger Aufstocker

Vollzeitbeschäftigte, die ergänzend Arbeitslosengeld II beziehen



fende die Einführung neuer Techniken nicht hautnah mitbekommt. Ökonomen sprechen in diesem Fall von einer zu geringen Produktivität – und die drückt das Gehalt des Mitarbeiters.

Außerdem gelingt der Wiedereinstieg häufig nur in einem anderen als dem erlernten Beruf. Auch deswegen muss der neue Mitarbeiter erst mal kleine Brötchen backen. Der Arbeitgeber kann dem Neuen nicht mehr bezahlen, als dieser dem Betrieb einbringt.

- **Weil die Politik erkannt hat, dass solche Niedriglohnstellen besser sind als gar keine, haben viele Arbeitslose eine Anstellung gefunden.**

Und finanziell verbessern sich die ehemaligen Arbeitslosen in der Regel auch – trotz Niedriglohn stehen sie besser da als mit Hartz IV.

Außerdem kostet den Staat ein Alleinstehender, der brutto 800 Euro im Monat verdient, nur 300 Euro an Zuschuss. Ein voller ALG-II-Empfänger schlägt dagegen mit rund 800 Euro zu Buche.

- **Die meisten Aufstocker haben lediglich einen Minijob oder sie arbeiten Teilzeit.** Diese beiden Gruppen stellen mehr als die Hälfte der Zuschussberechtigten. In der Regel bekommen sie den Zuschuss aber nicht, weil sie zu wenig verdienen, sondern weil sie nur wenige Stunden pro Woche arbeiten. Ein Mindestlohn ändert daran nichts. Denn auch der würde wegen der geringen Arbeitszeit nicht zum Leben reichen.
- **Die Zahl der Aufstocker, die trotz einer Vollzeitbeschäftigung nicht von ihrem Lohn allein leben können, ist rückläufig (Grafik).** Während vor vier Jahren noch 1,6 Prozent der Vollzeitbeschäftigten den Weg zum Job-Center antreten mussten, um sich dort einen Zuschuss abzuholen, waren es zuletzt gerade einmal 1,3 Prozent.

Diesen Menschen hilft man am besten durch Qualifizierungsmaßnahmen. Wer mehr kann, findet oft auch einen besser bezahlten Job – und kann dann sich und seine Familie aus eigener Kraft versorgen.

Gründer-Elan lässt nach

Innovationen. Die Zahl der Unternehmensgründungen im Hightech-Sektor war im vergangenen Jahr nur zwei Drittel so hoch wie 1995. Einer der Hauptgründe für den geringeren Gründer-Elan hierzulande ist die Konkurrenz um technisch ausgebildete Arbeitskräfte. Zudem hapert es auch bei der schulischen Ausbildung – die Themen Wirtschaft und Unternehmertum kommen zu kurz.

Etwa jede 14. Unternehmensgründung in Deutschland entfällt auf den Hightech-Sektor. Dieser umfasst all jene Wirtschaftszweige, in denen durchschnittlich mindestens 3,5 Prozent der Umsätze für Forschung und Entwicklung ausgegeben werden. Besonders viele Hightech-Firmengründer kommen – nicht wirklich überraschend – aus den Ballungszentren der Republik (Grafik):

Spitzenreiter in der Softwarebranche ist die Region Hamburg, wo von 2006 bis 2009 auf 1.000 Erwerbsfähige gut acht Gründungen kamen – sechs Mal so viele wie etwa in Neu-Brandenburg.

Ein anderes Bild zeigt sich in der sogenannten forschungsintensiven Industrie wie dem Maschinenbau oder der Elektrotechnik. Hier sitzen die Gründer hauptsächlich in ländlichen und peripheren Regionen.

Ein Grund für diese Unterschiede ist, dass Softwarefirmen nicht viel Platz und oft nur einige Computer für ihr Geschäft brauchen. Gründungen in der forschungsintensiven Industrie dagegen sind vergleichsweise kapitalintensiv – und brauchen Raum. Den gibt es eher im Umland dicht besiedelter Regionen, in dem Gewerbeflächen und -immobilien zudem preiswerter sind.

Ein großes Problem ist allerdings die große Konkurrenz um die dringend benötigten und auf dem Arbeitsmarkt eh schon knappen technisch-naturwissenschaftlichen Arbeitskräfte. Rund 80 Prozent aller akademischen Hightech-Gründer verfügen über einen Studienabschluss in einem MINT-Fach, also in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften oder Technik. Gut jeder Zweite hat ein Ingenieurstudium abgeschlossen.

Doch Mitstreiter zu finden, fällt den potenziellen Gründern schwer: Die für Ballungszentren typischen großen Industrieunternehmen bieten MINT-Fachkräften nicht nur exzellente Verdienstmöglichkeiten, sondern auch einen relativ sicheren Arbeitsplatz – damit können viele Start-up-Unternehmen nicht unbedingt aufwarten.

Dass der Gründer-Elan in Deutschland lahm, sei aber auch der mangelnden Schulbildung geschuldet, beklagen nicht nur die Experten des Global Entrepreneurship Monitor. So sucht man das Schulfach Wirtschaft auf den Stundenplänen oft vergeblich.

Doch dass das vermeintlich dröge Thema Wirtschaft bei den Schülern sehr gut ankommen kann, zeigt das Projekt JUNIOR vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln. Seit 1994 entwickeln hier Schüler jedes Jahr eigenständig Produkte oder Dienstleistungen und gründen für zwölf Monate ein echtes Unternehmen – allein in diesem Jahr haben wieder mehr als 7.800 Schülerinnen und Schüler in 542 Unternehmen das Chefsein geübt.

Hightech-Gründungen: Die Top 5

Unternehmensgründungen von 2006 bis 2009 je 1.000 Erwerbsfähige



Forschungsintensive Industrie

1	Lahn-Dill	7,0
2	Coburg	6,9
3	Schwarzwald-Baar-Heuberg	6,8
4	Düsseldorf	5,8
5	Aschaffenburg	5,7



Softwarebranche

1	Hamburg	8,1
2	Frankfurt/Main	7,8
3	Karlsruhe	7,7
4	Düsseldorf	7,6
5	Berlin	7,6

Forschungsintensive Industrie: Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes, in denen durchschnittlich mindestens 3,5 Prozent der Umsätze für Forschung und Entwicklung ausgegeben werden. Dazu zählen beispielsweise große Bereiche des Maschinenbaus, der Elektrotechnik und der Medizintechnik. Ursprungsdaten: ZEW

EU-Beitritt rückt näher

Kroatien. Die Europäische Union steht vor der nächsten Erweiterung – Kroatien könnte zum 1. Juli 2013 der 28. Mitgliedsstaat der EU werden. Bis dahin muss die Regierung in Zagreb noch ein paar Hausaufgaben erledigen.

Trotz Schuldenkrise muss sich die Europäische Union (EU) auch um andere Aufgaben kümmern. So hat die EU nach fast sechsjährigen Verhandlungen den Kroaten vor kurzem den Beitritt für 2013 in Aussicht gestellt. Nach Ansicht der EU-Kommission erfüllt der frühere jugoslawische Teilstaat inzwischen die politischen Beitrittskriterien – er verfügt über eine demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, wahrt die Menschenrechte, schützt Minderheiten und ist zudem eine funktionierende Marktwirtschaft. Die zweite wirtschaftliche Hürde – das betreffende Land muss dem Wettbewerbsdruck in der EU standhalten – könnte Kroatien bis zum Beitrittstermin auch noch nehmen.

Allerdings hat Kroatien noch nicht alle Hausaufgaben gemacht. So muss die Regierung in Zagreb dafür sorgen, dass in- und ausländische Unternehmen leichter Zugang zum kroatischen Markt haben. Derzeit müssen Firmen lange Registrierungsverfahren durchlaufen und haben Probleme, notwendige Lizenzen und Baugenehmigungen zu erhalten. Verbesserungen hat Brüssel zudem in der öffentlichen Verwaltung und der Justiz angemahnt.

Dennoch dürfte der Beitrittsvertrag bis Ende 2011 unterzeichnet werden. Wenn die Parlamente der 27 derzeitigen EU-Staaten den Vertrag

ratifizieren und auch die Kroaten selbst per Volksabstimmung ihr Ja-Wort geben, wird sich die EU Mitte 2013 um 4,4 Millionen Bürger vergrößern.

Bei der Vorbereitung auf den Beitritt – etwa um politische Institutionen einrichten oder anpassen zu können – hat die EU den Kroaten kräftig unter die Arme gegriffen:

Allein im Zeitraum 2007 bis 2012 flossen und fließen immer noch jährlich etwa 150 Millionen Euro an finanziellen Hilfen nach Kroatien.

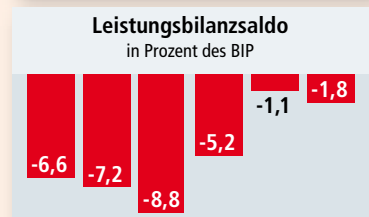
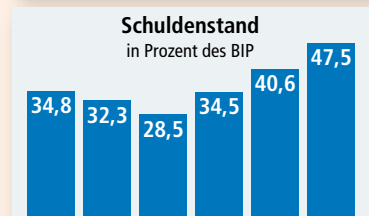
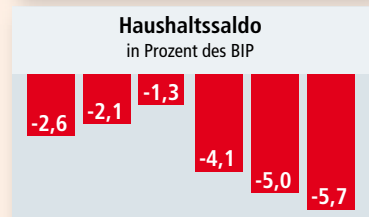
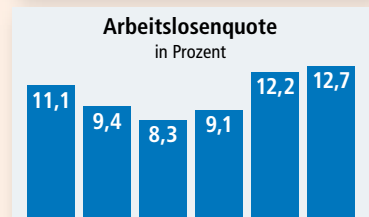
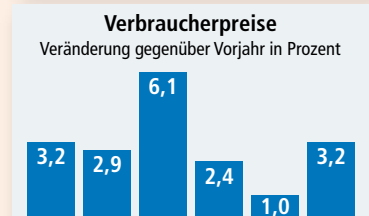
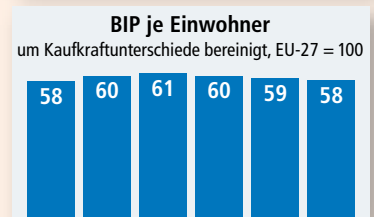
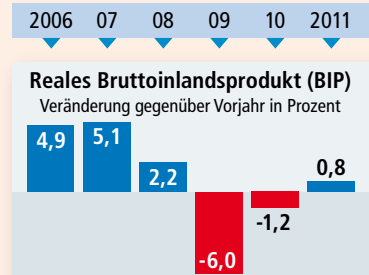
Das ist Geld, das der Balkanstaat zweifellos gut gebrauchen kann. Denn Kroatien ist relativ arm – mit einem um Kaufkraftunterschiede bereinigten Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 58 Prozent des EU-Durchschnitts lässt das Land von den bisherigen Mitgliedsstaaten derzeit lediglich Rumänien, Bulgarien und Lettland hinter sich (Grafik).

Zusätzlich geschwächt wurde die kroatische Wirtschaft durch die globale Krise des Jahres 2008. Unter anderem, weil die Banken nur noch zögerlich Kredite gaben, brachen die Investitionen und der private Konsum ein. Das Resultat:

Das reale BIP Kroatiens schrumpfte 2009 und 2010 insgesamt um mehr als 7 Prozent.

Im laufenden Jahr winkt immerhin wieder ein Zuwachs von knapp 1 Prozent. Künftige Wachstumspulse dürften sich die Kroaten nicht zuletzt vom Tourismus erhoffen – seit 1999 ist die Zahl der Übernachtungen ausländischer Urlauber bereits von knapp 22 Millionen auf fast 51 Millionen gestiegen.

Kroatien: Von der Finanzkrise gebeutelt



Die meisten werden entlastet

Sozialversicherungsbeiträge. Die günstige Beschäftigungs- und Lohnentwicklung beschert der Sozialversicherung üppige Einnahmen. Die Rentenversicherung kann deshalb ihren Beitragssatz senken.

Die Kassen der Sozialversicherung sind ein Spiegelbild des Arbeitsmarktes – und der zeigt sich momentan von der Schuldenkrise unbeeindruckt:

- Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte im zweiten Quartal 2011 mit 41 Millionen ein Rekordniveau. Davon waren mehr als 28 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt.
- Lediglich 2,7 Millionen Menschen waren im Oktober dieses Jahres arbeitslos. Anfang 2005 waren hierzulande noch 5 Millionen Menschen ohne Job.

Weil auch die durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter steigen, machen die meisten Zweige der gesetzlichen Sozialversicherung Überschüsse, was aufgrund von Sonderfaktoren aber nicht überall für sinkende Beitragssätze reicht:

Krankenversicherung. Das Bundesgesundheitsministerium rechnet in diesem Jahr mit einem Überschuss von 4,4 Milliarden Euro. Der Gesundheitsfonds dürfte Ende dieses Jahres über ein Polster von insgesamt 8,6 Milliarden Euro verfügen.

Die Beitragssätze können trotzdem nicht gesenkt werden, weil die gesetzliche Krankenversicherung verschiedene Reserven bilden und noch ein Defizit aus dem Jahr 2009 tilgen muss. Unterm Strich bleibt den Kassen nur ein Überschuss von rund 1 Milliarde Euro – und der dürfte im kommenden Jahr schnell

Versicherungspflichtgrenze

Wer sich bei einer privaten Krankenversicherung absichern will, muss sich von der Versicherungspflicht im gesetzlichen System befreien lassen. Voraussetzung ist, dass das regelmäßige sozialversicherungspflichtige Entgelt im Jahr 2011 über der Versicherungspflichtgrenze von 49.500 Euro lag und im Jahr 2012 monatlich mindestens 4.237,50 Euro verdient werden.

dahinschmelzen, weil die Ausgaben stärker steigen als die Einnahmen.

Rentenversicherung. Bislang fließen die zusätzlichen Einnahmen noch in die sogenannte Nachhaltigkeitsrücklage. Dieses Polster wird gebildet, um den Beitragssatz auch in konjunkturell schwachen Zeiten stabil zu halten.

Mehr als das 1,5-Fache einer Monatsausgabe darf die Rücklage aber nicht betragen. Überschreitet sie den Wert von derzeit gut 25 Milliarden Euro, ist die Bundesregierung qua Gesetz verpflichtet, den Beitragssatz zu senken. Weil genau dieser Fall abzusehen ist, sinkt der Beitragssatz zum 1. Januar 2012 von 19,9 auf 19,6 Prozent.

Ein niedrigerer Beitragssatz nutzt auch den Rentnern – laut Rentenformel steigen die Altersbezüge in dem Umfang, wie der Beitragssatz sinkt.

Allerdings kommen 2012 nicht alle Beitragszahler in den Genuss niedrigerer Abgaben. Wer gut verdient, muss aufgrund höherer Bemessungsgrenzen – bis zu diesen Werten wird das Einkommen mit Sozialbeiträgen belegt – mehr bezahlen. Der Höchstbeitrag steigt zum 1. Januar nächsten Jahres aber eher moderat, in Westdeutschland um maximal 26 Euro und in Ostdeutschland um 5 Euro pro Monat (Tabelle).

Sozialversicherungsbeiträge 2012: Im Osten fast stabil

	Beitragsbemessungsgrenze beitragspflichtiges Monats- einkommen in Euro		Beitragssatz in Prozent		= Höchstbeitrag je Monat in Euro	
	2011	2012	2011	2012	2011	2012
Westdeutschland						
Rentenversicherung	5.500	5.600	19,9	19,6	1.094,50	1.097,60
Arbeitslosenversicherung	5.500	5.600	3,0	3,0	165,00	168,00
Ostdeutschland						
Rentenversicherung	4.800	4.800	19,9	19,6	955,20	940,80
Arbeitslosenversicherung	4.800	4.800	3,0	3,0	144,00	144,00
Bundesweit						
Krankenversicherung	3.712,50	3.825	14,6	14,6	542,03	558,45
Arbeitnehmersonderbeitrag	3.712,50	3.825	0,9	0,9	33,41	34,43
Pflegeversicherung	3.712,50	3.825	1,95	1,95	72,39	74,59
Sozialabgaben insgesamt einschließlich Sonderbeitrag der Arbeitnehmer zur Krankenversicherung						
Westdeutschland			40,35	40,05	1.907,33	1.933,07
Ostdeutschland					1.747,03	1.752,27

Höchstbeitrag = Arbeitnehmer- plus Arbeitgeberbeitrag; Sozialabgaben insgesamt: ohne Beitrag der Arbeitgeber zur gesetzlichen Unfallversicherung, ohne Sonderbeitrag der kinderlosen Arbeitnehmer zur gesetzlichen Pflegeversicherung in Höhe von 0,25 Prozent; Beitragssätze: Stand November 2011
 Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bundesregierung

Langsame Behörden

Frauen in Führungspositionen. Vor genau 50 Jahren wurde Elisabeth Schwarzhaupt die erste Ministerin in Deutschland. Inzwischen sind Chefinnen in Politik und Verwaltung zwar selbstverständlich geworden – doch wirkliche Chancengleichheit ist noch lange nicht erreicht.

Von allein bewegt sich nichts. Diese Erfahrung musste auch Elisabeth Schwarzhaupt (CDU) machen, Deutschlands erste Ministerin. Nur dank geballter Frauenpower wurde sie am 14. November 1961 von Konrad Adenauer (CDU) zur Gesundheitsministerin ernannt – nachdem sich zu Beginn der vierten Legislaturperiode die weiblichen CDU/CSU-Abgeordneten vor dem Kabinettsaal versammelt und dem Kanzler gedroht hatten, ihren Platz erst dann zu räumen, wenn er endlich eine Frau zur Ministerin kürte. Auch der Entzug von Schokolade, Adenauers Lebenselixier auf langen Sitzungen, soll Bestandteil des Drohszenarios gewesen sein.

Seit Schwarzhaupts Ernennung waren zwar in jedem Bundeskabinett ein bis zwei Frauen vertreten. So richtig zum Zuge kamen die Frauen aber erst bei Kanzler Gerhard Schröder (SPD), der insgesamt fünf von 15 Ministerposten an Frauen vergab. Auch in Angela Merkels Kabinett (CDU) sind aktuell ein Drittel der Posten mit Frauen besetzt.

Damit liegt der Frauenanteil bei den Ministern deutlich über dem Chefinnen-Durchschnitt in den Bundesbehörden (Grafik):

Im Jahr 2009 waren rund 23 Prozent aller Führungspositionen in den

obersten Bundesbehörden mit Frauen besetzt.

Zwölf Jahre zuvor waren sogar weniger als 8 Prozent der Abteilungs- und Referatsleiter in den obersten Bundesbehörden weiblichen Geschlechts. Von Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern, wie sie das Bundesgleichstellungsgesetz seit Dezember 2001 für die gesamte Bundesverwaltung formuliert, kann somit kaum die Rede sein. Zwar ist in manchen Ressorts – etwa dem Familienministerium, wo der Anteil der Frauen in Leitungsfunktionen bereits 48 Prozent beträgt – schon fast Geschlechterparität erreicht. Meist sieht es mit der Frauenpräsenz allerdings ziemlich mau aus. So beträgt die Chefinnen-Quote im Auswärtigen Amt derzeit gerade mal 11 Prozent.

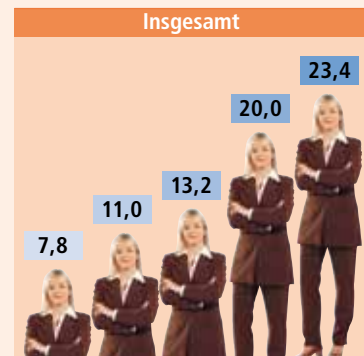
Qualifizierungsprogramme für weibliche Führungsnachwuchskräfte sowie Mentoring-Programme sollen helfen, die „gläserne Decke“, die der Gremienbericht zur Evaluation des Gleichstellungsgesetzes ausgemacht hat, für Frauen durchlässig zu machen. Darüber hinaus soll geprüft werden, inwieweit überlange Arbeitszeiten, häufige Dienstreisen und die ständige Verfügbarkeit in Führungspositionen für Frauen mit Familienpflichten derart abschreckend wirken, dass sie sich nicht um diese Positionen bewerben – trotz dass sie geeignet und qualifiziert genug wären. Auffällig ist nämlich ein Ungleichgewicht, das bereits im Bewerbungsprozess auftritt:

Im höheren Dienst bewerben sich mehr als doppelt so viele Männer (25,8 Prozent) wie Frauen (10,8 Pro-

Bundesverwaltung: Wenige Chefinnen

So viel Prozent der Führungspositionen in den obersten Bundesbehörden waren mit Frauen besetzt

	1997	2000	2003	2006	2009
Abteilungsleitung	1,7	3,0	6,5	11,8	13,8
Unterabteilungsleitung	6,8	6,3	9,4	16,9	17,7
Referatsleitung	4,9	6,3	10,1	21,5	25,5



Oberste Bundesbehörden: z. B. Bundesministerien und Bundesrechnungshof; insgesamt: einschließlich Direktorinnen und Staatssekretärinnen
Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 46

zent) für eine Leitungsposition in den obersten Bundesbehörden.

Dies läuft dem Bundesgleichstellungsgesetz zuwider. Die Regierung hat deshalb im Koalitionsvertrag festgehalten, dass „die Ziele des Bundesgleichstellungsgesetzes und des Bundesgremienbesetzungsgesetzes [...] mit Nachdruck verfolgt werden [...]“ sollen. So soll unter anderem geprüft werden, ob Gesetze geändert und effektiver gestaltet werden müssen, um die Anteile von Frauen in Führungspositionen im öffentlichen Dienst maßgeblich zu erhöhen. Denn wenn es in der Politik in puncto Chancengleichheit im aktuellen Veränderungstempo weitergeht, wird es noch lange dauern, bis alle Leitungsfunktionen der obersten Bundesbehörden zu gleichen Teilen mit Frauen und Männern besetzt sind – nämlich noch 30 Jahre.

Konzepte gesucht

Bundeswehrreform. Viele Bundeswehrstandorte sollen entweder komplett geschlossen oder erheblich verkleinert werden. Studien der Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) Consult zeigen Risiken und Chancen, die sich daraus für Regionen ergeben.

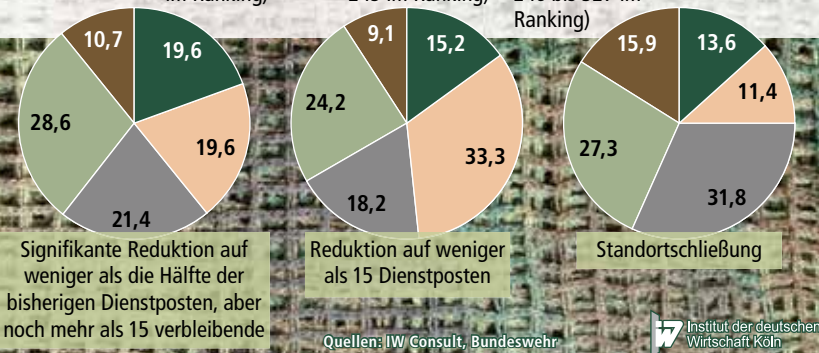
In Deutschland sind 121 Standorte von der Bundeswehrreform direkt betroffen; das Aus für 13 weitere Standorte kam schon vorher. Insgesamt fallen demnach 44 Standorte komplett dem Rotstift zum Opfer. An 90 Standorten werden mehr als die Hälfte der Dienstposten gestrichen, davon bleiben an 33 Standorten weniger als 15 Posten übrig. Was die Reform im Extremfall bedeutet, zeigt sich z.B. an der Kaserne in Meßstetten. Sie schrumpft auf 20 Dienstposten – von ehemals 840.

Wirtschaftlich starke Regionen stecken eine derartige Standortverkleinerung oder gar eine Schließung vermutlich besser weg als wirtschaft-

Bundeswehrreform: Schwache Regionen besonders betroffen

Die Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult hat in ihrem Regionalranking für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft 2009 das Wirtschafts- und Wohlstandsniveau von 409 Kreisen und kreisfreien Städten untersucht. Betrachtet werden die Bereiche „Wohlstand“ (Einkommen und Steuerkraft am Wohnort), „Arbeitsmarkt“ (Arbeitslosigkeit und Beschäftigung), „Standort“ (Arbeitskosten, Produktivität, Infrastruktur, Humankapital etc.) und „Struktur“ (Wirtschaftskraft, sozioökonomische Struktur, öffentliche Haushalte). So viel Prozent der geplanten Standortmaßnahmen der Bundeswehrreform betreffen diese Regionen

Top-Standorte (Platz 1 bis 82 im Ranking)	Überdurchschnittlicher Standort (Platz 83 bis 164 im Ranking)	Durchschnittlicher Standort (Platz 165 bis 245 im Ranking)	Unterdurchschnittlicher Standort (Platz 246 bis 327 im Ranking)	Flop-Standorte (Platz 328 bis 409 im Ranking)
---	---	--	---	---



lich ohnehin schon schlecht aufgestellte Gegenden. Ein Blick auf das Regionalranking der IW Consult zeigt allerdings (Grafik):

Gut 43 Prozent der geplanten Schließungen betreffen strukturschwache Regionen.

Auch bei den Personalkürzungen auf unter 15 Dienstposten trifft es immer noch ein Drittel der schwächeren Regionen. Verteidigungsminister de Maizière hat daher finanzielle Unterstützung für betroffene Gegenden angeregt. Doch es sind vor allem privatwirtschaftliche Initiativen gefragt. Um Investoren zu finden, benötigt eine Region zuerst ein Konzept, das zu ihren Voraus-

setzungen passt und die individuellen Qualitäten des Standorts berücksichtigt. Positive Beispiele gibt es genug, wie Studien der IW Consult zeigen – selbst für strukturschwache Regionen kann eine geschlossene Kaserne eine Chance sein.

So dienen zum Beispiel die Gebäude der ehemaligen Kaserne in Dessau-Roßlau heute als Hauptsitz einer großen, deutschlandweit agierenden Immobiliengesellschaft. Das dazugehörige, zentral gelegene Areal erfreut sich bei Golfspielern großer Beliebtheit. Zukünftig sollen in direkter Nachbarschaft Luxusapartments entstehen, die das Gesamtkonzept abrunden.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Fotos: Fotolia, MEV
Druck: Bercker Graphischer Betrieb
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de